

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

EP-PLENUM VOM 14. - 17.02.2011 IN STRASSBURG: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Kommissionspräsident *Barroso* gab bekannt, dass die Kommission der geplanten Änderung des AEUV zur Schaffung eines dauerhaften Europäischen Krisenmechanismus und der Anwendung des vereinfachten Vertragsänderungsverfahrens zugestimmt hat. Sprecher der größten Fraktionen kündigten die Zustimmung des EP an. In einer Entschließung zur Strategie „Europa 2020“ fordert das EP eine Stärkung der Gemeinschaftsmethode.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0068+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

ERWEITERUNG: EU-INSTITUTIONEN WOLLEN VERHANDLUNGEN MIT KROATIEN BIS JAHRESMITTE ABSCHLIESSEN – WARNUNG AN ALBANISCHE PARTEIEN

Das EP hat in einer Entschließung Kroatien zu beträchtlichen Fortschritten beglückwünscht und einen möglichen Abschluss der Beitrittsverhandlungen bis zur Jahresmitte begrüßt, sofern alle Kriterien und Benchmarks erfüllt sind. Kommissar *Füle* nahm zur Lage in Albanien Stellung, wo innenpolitische Auseinandersetzungen Todesopfer gefordert haben. Er forderte die Parteien auf, zum Dialog zurückzukehren.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0059+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

ENTSCHLIESSUNG ZUR LAGE IN ÄGYPTEN

Das EP bekundete Solidarität mit dem ägyptischen Volk und dessen Streben nach Demokratie. Die Situation in Ägypten, Tunesien und anderen arabischen Ländern wurde am 21.02.2011 auch beim Außenministerrat diskutiert.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0064+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE DONAUSTRATEGIE

In einer Entschließung fordert das EP eine möglichst rasche Umsetzung der Donaustrategie. Der Donauraum sei das Tor Europas zum westlichen Balkan



und liefere einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Beziehungen in Mittel- und Südosteuropa.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0065+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

NEUREGELUNG DER KOMITOLOGIE TRITT AM 1. MÄRZ IN KRAFT

Der Rat hat die Verordnung zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren, förmlich angenommen. Damit wird ab 01.03.2011 die Schaffung von abgeleitetem Recht, das bisher im sog. Komitologieverfahren gemäß Art. 202 EG-Vertrag festgelegt wurde, gemäß den Vorgaben des Vertrags von Lissabon (VvL) erfolgen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/pe00/pe00064-re04.de10.pdf>

BULGARIEN UND RUMÄNIEN: FORTSCHRITTE BEI JUSTIZREFORM UND KRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNG – EINIGE HERAUSFORDERUNGEN ABER WEITER OFFEN

Die Kommission hat Zwischenberichte über die Fortschritte Bulgariens und Rumäniens bei der Justizreform sowie der Bekämpfung von Korruption und Organisierter Kriminalität vorgelegt. Sie sind Teil des Kooperations- und Kontrollverfahrens, mit dem beiden Ländern geholfen werden soll, nach ihrem Beitritt fortbestehende Mängel, die der vollen Anwendung des EU-Rechts entgegenstehen, zu beheben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/95&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/96&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

RAT IM ZWEITEN ANLAUF ÜBER ERKLÄRUNG ZUR RELIGIONSFREIHEIT EINIG

Nach dem EP hat auch der Rat für Außenbeziehungen Schlussfolgerungen zum Thema Intoleranz, Diskriminierung und Gewalt aufgrund von Religion oder Weltanschauung angenommen. Anlass waren Ende 2010 verübte Anschläge auf Christen in einigen Drittstaaten.



Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

EP-PLENUM VOM 14. - 17.02.2011 IN STRASSBURG: INNENPOLITIK

- Einwanderung: Abstimmung über den Bericht zur „Rahmenrichtlinie Arbeitnehmerrechte“ verschoben
- Parlamentarier debattieren über EU-Asyl- und Flüchtlingspolitik.

RAT STIMMT EUROPÄISCHER BÜRGERINITIATIVE ZU

Am 14.02.2011 hat der Rat die Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative angenommen. Dadurch erhalten EU-Bürger die Möglichkeit, die Kommission zu Gesetzesinitiativen aufzufordern. Der Bürgerinitiative müssen Vertreter aus mindestens sieben Mitgliedstaaten angehören, diese müssen innerhalb eines Jahres mindestens eine Million Unterschriften sammeln. Entsprechende Initiativen können frühestens ein Jahr nach Inkrafttreten der Verordnung eingereicht werden, um den Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu geben, das innerstaatliche Recht anzupassen.

http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/citizens_initiative/index_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

EU-AGENDA FÜR DIE RECHTE DES KINDES

Am 15.02.2011 hat die Kommission ihre Agenda zur Stärkung der Rechte des Kindes vorgelegt. Im Zuge der Umsetzung der Prinzipien der EU-Grundrechtecharta sollen elf Maßnahmen zu einem kindergerechten Justizsystem und zum Wohlergehen von Kindern beitragen. Die Maßnahmen sollen bis 2014 umgesetzt sein.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/156&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/justice/policies/children/docs/com_2011_60_de.pdf

EU PATENT – EP FÜR VERSTÄRKTE ZUSAMMENARBEIT

Am 15.02.2011 hat das EP auf Ersuchen des Rates vom 14.02.2011 mit breiter Mehrheit (471 zu 160, bei 42 Enthaltungen) beschlossen, das EU-Patent im Wege der Verstärkten Zusammenarbeit zu erlassen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0054+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>



<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st05/st05566.de11.pdf>

DURCHSETZUNG DER RECHTE DES GEISTIGEN EIGENTUMS – STELLUNGNAHME ZUM KOMMISSIONS-BERICHT ERBETEN

Die Kommission hatte eine Konsultation zur bisherigen Umsetzung der Richtlinie zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums (Richtlinie 2004/48/EG) durchgeführt. Sie bittet um Rückmeldungen zu diesem Bericht bis zum 31.03.2011.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM%3A2010%3A0779%3AFIN%3ADE%3APDF>

FORTSCHRITTE BULGARIENS UND RUMÄNIENS BEI KORRUPTIONS- BEKÄMPFUNG

Nach den Zwischenberichten der Kommission vom 18.02.2011 im Rahmen des Überwachungsverfahrens für den Bereich Justiz und Inneres haben Bulgarien und Rumänien die Umsetzung ihrer Justizreformstrategie mit unterschiedlichem Erfolg weiter verfolgt.

Zwischenbericht Bulgarien:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/95&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Zwischenbericht Rumänien:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/96&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

FAHRGASTRECHTE FÜR BUSREISENDE TRETEN 2013 IN KRAFT

Nach dem Rat verabschiedete das EP am 15.02.2011 die Verordnung über die Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110215IPR13670/html/Neue-Fahrgastrechte-f%C3%BCr->

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

WESENTLICHE ERGEBNISSE DES ECOFIN-RATES VOM 15.02.2011

Der Rat hat über die sechs Legislativvorschläge zur verstärkten wirtschafts-



politischen Steuerung beraten. Italien wendet sich nach wie vor gegen die im Kommissionsvorschlag vorgesehene und in der Task Force unter Leitung des Präsidenten des Europäischen Rates (ER), *Van Rompuy*, vereinbarte Schuldenabbauregel. In diesem Zusammenhang müsse eine vergleichsweise niedrige private Verschuldung, wie sie Italien vorweisen könne, berücksichtigt werden. Eine politische Einigung soll – entsprechend dem Auftrag des ER – beim ECOFIN-Rat am 15.03.2011 erzielt werden, damit die Verhandlungen mit dem EP beginnen können. Ziel ist die Verabschiedung des Legislativpakets bis Juni 2011. Der ECOFIN-Rat hat – auf der Grundlage des von der Kommission am 12.01.2011 vorgelegten Jahreswachstumsberichts (EB 01/2011) – Schlussfolgerungen zu den makroökonomischen und haushaltspolitischen Leitlinien zur Umsetzung der Strategie Europa 2020 angenommen. Der ECOFIN-Rat fordert im Wesentlichen eine konsequente Haushaltskonsolidierung, die Bekämpfung makroökonomischer Ungleichgewichte (insbesondere in Mitgliedstaaten mit hohem Leistungsbilanzdefizit und hoher Verschuldung), die Sicherung der Finanzmarktstabilität und die Beschleunigung wachstums- und beschäftigungsfördernder Strukturreformen. Die Schlussfolgerungen dienen der Vorbereitung des Frühjahrsgipfels des ER am 24./25.03.2011. Dort wird der ER im Rahmen des Europäischen Semesters politische Leitlinien zur haushalts- und wirtschaftspolitischen Koordinierung festlegen. Der Rat hat die Richtlinie über die gegenseitige Amtshilfe zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten im Bereich der Besteuerung formal verabschiedet. Eine politische Einigung dazu war bereits Anfang Dezember 2010 erzielt worden. Durch die Richtlinie sollen alle Arten der Verwaltungszusammenarbeit, insbesondere der automatische Informationsaustausch verbessert werden. Noch keine Einigung gab es dagegen – aufgrund des Widerstands von Österreich und Luxemburg – zur Zinsbesteuerungsrichtlinie, zum Betrugsbekämpfungsabkommen mit Liechtenstein und anderen Drittstaaten.

Der Rat stellte fest, dass Zypern, Finnland, Bulgarien und Dänemark in den laufenden Defizitverfahren ausreichende Maßnahmen zur Korrektur ihrer Defizite getroffen haben. Die Einleitung weiterer Schritte in den Defizitverfahren hält der Rat derzeit daher für nicht notwendig. Derzeit laufen gegen 24 von 27 Mitgliedstaaten Defizitverfahren. Ohne Defizitverfahren sind nur Estland, Luxemburg und Schweden. Darüber hinaus standen Haushaltsthemen auf der Agenda des ECOFIN-Rates. Er empfiehlt dem EP auf der Grundlage des Jahresberichts des Europäischen Rechnungshofs (ERH), der Kommission die



Entlastung für den Vollzug des EU-Haushalts 2009 zu erteilen. Zudem hat der Rat Leitlinien für den EU-Haushalt 2012 aufgestellt. Eine der zentralen Forderungen des Rates ist, dass sich die derzeit notwendigen Konsolidierungsanstrengungen der Mitgliedstaaten auch im EU-Haushalt widerspiegeln müssen. Die Kommission wird den Entwurf für den EU-Haushalt 2012 voraussichtlich am 20.04.2011 vorlegen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/119316.pdf

EZB NIMMT ZUM LEGISLATIVPAKET ZUR WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN STEUERUNG STELLUNG

Die EZB hat am 16.12.2011 eine Stellungnahme zum Legislativpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung abgegeben. Aus Sicht der EZB tragen die Kommissionsvorschläge zwar zur Ausweitung und Stärkung der ökonomischen und budgetären Überwachung bei. Allerdings seien die Vorschläge nicht der nötige Quantensprung, um die Stabilität und das ordnungsgemäße Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion sicherzustellen. Kernaussage der EZB ist, dass das laufende Gesetzgebungsverfahren dazu genutzt werden sollte, die wirtschafts- und haushaltspolitische Steuerung bestmöglich zu stärken und dabei den Rahmen der geltenden Verträge auszuschöpfen. Eine zentrale Forderung der EZB ist eine über die Kommissionsvorschläge hinausgehende stärkere Automatisierung der Sanktionsmechanismen im Stabilitäts- und Wachstumspakt. So soll das Prinzip der umgekehrten Mehrheit so weit wie möglich eingeführt werden. Im Rahmen der makroökonomischen Überwachung hält die EZB eine Konzentration auf Mitgliedstaaten mit hohen Leistungsbilanzdefiziten und starken Verlusten an Wettbewerbsfähigkeit für notwendig. Eine politische Einigung über die Legislativvorschläge zur wirtschaftspolitischen Steuerung ist für den ECOFIN-Rat am 15.03.2011 geplant. Anschließend stehen die Verhandlungen mit dem EP an. Ziel ist die Verabschiedung des Legislativpakets bis Juni 2011.

http://www.ecb.int/ecb/legal/pdf/en_con_2011_13.pdf

KONSULTATION ZUR BESTEUERUNG DES FINANZSEKTORS

Die Kommission hat am 22.03.2011 eine Konsultation zur Besteuerung des Finanzsektors gestartet. Diese knüpft an die von der Kommission am 07.10.2010 zu diesem Thema veröffentlichte Mitteilung an. In dieser Mitteilung



ließ die Kommission – auf EU-Ebene – eine Präferenz für eine Finanzaktivitätssteuer erkennen, bei der anders als bei der Finanztransaktionssteuer nicht Transaktionen mit Wertpapieren besteuert werden, sondern Gewinne und Gehälter bei Finanzinstituten. Trotz dieser Tendenz bleibt die Kommission für beide Alternativen aufgeschlossen. Neben der Frage, auf welcher Ebene (EU oder G 20) eine Finanztransaktionssteuer oder Finanzaktivitätssteuer am besten eingeführt werden soll, geht es in der Konsultation u. a. um folgende Fragen: sachliche Rechtfertigung einer zusätzlichen Besteuerung des Finanzsektors, konkrete Ausgestaltung und Auswirkungen einer Finanztransaktionssteuer bzw. Finanzaktivitätssteuer. Daneben geht es bei der Konsultation auch um die kumulativen Effekte einer Besteuerung des Finanzsektors, von Bankabgaben und Regulierungsmaßnahmen. Die Konsultation läuft bis 19.04.2011. Gleichzeitig arbeitet die Kommission an einer Folgenabschätzung zur Besteuerung des Finanzsektors. Konkrete Vorschläge will die Kommission bis Sommer 2011 vorlegen.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/consultations/tax/2011_02_financial_sector_taxation_en.htm

STELLUNGNAHME DER KOMMISSION ZUR EINRICHTUNG EINES STABILITÄTSMECHANISMUS FÜR DEN EURORAUM

Am 16./17.12.2010 hatte sich der ER auf eine Änderung des Art. 136 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) geeinigt, um den vom ER geplanten permanenten Krisenmechanismus zur Stabilisierung des Euroraums vertraglich zu verankern. Die Kommission hat am 15.02.2011 zur geplanten Vertragsänderung Stellung genommen. Aus ihrer Sicht hat die geplante Vertragsänderung keine Auswirkungen auf die Zuständigkeiten der EU. Diese werden weder erweitert noch reduziert. Nach Auffassung der Kommission könne die Vertragsänderung daher im vereinfachten Verfahren durchgeführt werden. Die Stellungnahme des EP steht noch aus. Die Abstimmung im federführenden Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO) im EP ist für 07.03.2011 geplant, die Abstimmung im Plenum für 09.03. bzw. spätestens für 23./24.03.2011. Am 24./25.03.2011 wird der ER formal über die Vertragsänderung entscheiden.

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/speeches-statements/pdf/20110215_en.pdf



KOMMISSION LEGT ÜBERPRÜFUNG DES „SMALL BUSINESS ACT“ VOR UND KÜNDIGT WEITERE MASSNAHMEN AN

Die Kommission hat am 23.02.2011 eine Mitteilung vorgelegt, in der sie Umsetzung und praktische Auswirkungen des 2008 vorgelegten „Small Business Act“ untersucht und weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU ankündigt. Zudem fordert sie die Mitgliedstaaten auf, Schritte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU zu unternehmen. Es müsse der Grundsatz „Vorfahrt für KMU“ gelten. Entgegen dem Wortlaut „Act“ handelt es sich nicht um ein eigenes Rechtsinstrument, sondern um einen Rahmenplan, der verschiedene Initiativen zusammenfasst (vergleichbar dem „Single Market Act“ vom 27.10.2010). Sie betreffen im Wesentlichen eine KMU-freundliche Rechtssetzung und Verwaltung, die Verbesserung des Zugangs zu Finanzierungsquellen und bessere Rahmenbedingungen für europa- und weltweites Wirtschaften (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/218&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

RAT VERABSCHIEDET SCHLUSSFOLGERUNGEN ZUM 5. KOHÄSIONSBERICHT

Der Rat (Rat für Allgemeine Angelegenheiten) hat am 21.02.2011 eine Aussprache zur Zukunft der Kohäsionspolitik abgehalten und Schlussfolgerungen zum 5. Kohäsionsbericht der Kommission vom November 2010 angenommen. Darin macht er deutlich, dass die Kohäsionspolitik auch in Zukunft allen Regionen zu Gute kommen und zum Abbau der Disparitäten zwischen den Regionen beitragen soll (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/EN/genaff/119432.pdf

ABSTIMMUNG DES PLENUMS DES EP ÜBER DIE NACHHALTIGKEIT EUROPÄISCHER PENSIONS- UND RENTENSYSTEME

Am 16.02.2011 nahm das Plenum des EP eine Resolution zum Grünbuch Renten der Kommission an (EB 13/2010). Darin werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, stabile, zuverlässige und nachhaltige Rentensysteme sowie ein angemessenes Rentenniveau zur Bekämpfung von Altersarmut beizubehalten. Darüber hinaus wird an EU und Mitgliedstaaten appelliert, Hindernisse für die innerstaatliche und grenzüberschreitende Mobilität zu beseitigen und



Schwierigkeiten der Rentenübertragung innerhalb und zwischen Mitgliedstaaten anzugehen (s. hierzu Beitrag des StMAS in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110215IPR13738/html/Rentenreformen-sollten-Nachhaltigkeit-und-angemessenes-Einkommen-ber%C3%BCcksichtigen>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

KOMMISSION LEGT ÜBERPRÜFUNG DES „SMALL BUSINESS ACT“ VOR UND KÜNDIGT WEITERE MASSNAHMEN AN

Die Kommission hat am 23.02.2011 eine Mitteilung vorgelegt, in der sie Umsetzung und praktischen Auswirkungen des 2008 vorgelegten „Small Business Act“ untersucht und weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU ankündigt. Zudem fordert sie die Mitgliedstaaten auf, Schritte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU zu unternehmen. Es müsse der Grundsatz „Vorfahrt für KMU“ gelten. Entgegen dem Wortlaut „Act“ handelt es sich nicht um ein eigenes Rechtsinstrument, sondern um einen Rahmenplan, der verschiedene Initiativen zusammenfasst (vergleichbar dem „Single Market Act“ vom 27.10.2010). Sie betreffen im Wesentlichen eine KMU-freundliche Rechtssetzung und Verwaltung, die Verbesserung des Zugangs zu Finanzierungsquellen und bessere Rahmenbedingungen für europa- und weltweites Wirtschaften.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/218&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EP NIMMT BERICHT ZUR DURCHFÜHRUNG DER DIENSTLEISTUNGS- RICHTLINIE AN

Das EP hat am 15.02.2011 einen Initiativbericht zur Durchführung der Dienstleistungsrichtlinie (2006/123/EG) angenommen (Berichterstatterin MdEP *Evelyne Gebhardt* (S&D, DEU)). Nach Ansicht der Abgeordneten kam es bei der Umsetzung der Richtlinie zu erheblichen Verzögerungen in den Mitgliedstaaten. Der Bericht enthält daher Vorschläge, wie die Umsetzung der Richtlinie verbessert werden kann. So sollen die „einheitlichen Ansprechpartner“ zu „eRegierungsportalen“ weiterentwickelt werden. Dementsprechend soll es künftig möglich sein, Verfahren und Formalitäten elektronisch zu erledigen.



<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110215IPR13674/html/Vorz%C3%BCge-der-Dienstleistungsrichtlinie-f%C3%BCr-EU-Unternehmen-sind-noch-zu-erreichen>

KOMMISSION SCHLÄGT NEUE STRATEGIE FÜR DAS BINNENMARKT-INFORMATIONSSYSTEM (IMI) VOR UND PRÄSENTIERT JAHRESBERICHTE FÜR „YOUR EUROPE ADVICE“ SOWIE „SOLVIT“

Die Kommission hat am 21.02.2011 mehrere Dokumente zu Service-Diensten vorgestellt, die den Binnenmarkt für Bürger und Unternehmen praktisch unterstützen sollen. Zum einen plant die Kommission mit einer neuen Strategie für das Binnenmarkt-Informationssystem (IMI) den Anwendungsbereich des Systems auf neue Felder auszuweiten. Zum anderen legte sie die Jahresberichte über die Nutzung der Dienste „Your Europe Advice“ und „SOLVIT“ vor, die als Informations- und Beschwerdedienste dazu dienen, Bürgern und Unternehmen die Durchsetzung ihrer Rechte aus dem Binnenmarkt zu ermöglichen oder zumindest zu vereinfachen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/203&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/204&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

RAT VERABSCHIEDET SCHLUSSFOLGERUNGEN ZUM 5. KOHÄSIONSBERICHT

Der Rat (Rat für Allgemeine Angelegenheiten) hat am 21.02.2011 eine Aussprache zur Zukunft der Kohäsionspolitik abgehalten und Schlussfolgerungen zum 5. Kohäsionsbericht der Kommission vom November 2010 angenommen. Darin macht er deutlich, dass die Kohäsionspolitik auch in Zukunft allen Regionen zu Gute kommen und zum Abbau der Disparitäten zwischen den Regionen beitragen soll.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/EN/genaff/119432.pdf

EP VERLANGT RASCHE UMSETZUNG DER DONAUSTRATEGIE

Das Plenum des EP hat am 17.02.2011 eine von Abgeordneten verschiedener Fraktionen eingebrachte Entschließung zur Donaustrategie angenommen, in der die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, beim ER im Juni einen Termin-



plan und konkrete Implementierungsschritte zu verabschieden. Sie begrüßten die von der Kommission vorgestellte Strategie als Chance „für die gesamte Union, die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Balkan zu stärken und folglich zur Ausweitung und Konsolidierung des Prozesses der europäischen Integration in der Region beizutragen.“ Das EP betont, dass es neue Institutionen, Rechtsvorschriften und Haushaltsmittel im Zusammenhang mit der Donaustrategie ablehnt.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110216IPR13778/html/Donaustrategie-EU-Abgeordnete-dr%C3%A4ngen-Anrainer-auf-schnelle-Umsetzung>

EP BESCHLIESST VERORDNUNG ZU BUSFAHRGASTRECHTEN IM KRAFTOMNIBUSVERKEHR

Das EP hat am 15.02.2011 den vom Vermittlungsausschuss erarbeiteten Kompromisstext (EB 22/10) zu einer Verordnung über Fahrgastrechte von Busreisenden angenommen. Während sich der Großteil der neu geschaffenen Fahrgastrechte nur auf den Langstreckenverkehr von über 250 km bezieht, sind einige Vorschriften auf alle Fahrten anwendbar. Die Langstrecken-Fahrgastrechte betreffen die Betreiberhaftung bei Unfällen, Rechte bei wesentlichen Verspätungen oder unterbleibender Beförderung (z. B. wegen Annullierungen) sowie Ansprüche behinderter oder in der Mobilität eingeschränkter Personen auf Unterstützung an Busbahnhöfen und im Fahrzeug. Die Bestimmungen für alle Busfahrten haben Diskriminierungsverbote, Informationspflichten gegenüber Fahrgästen und die Einrichtung eines Verfahrens für die Bearbeitung von Fahrgastbeschwerden zum Gegenstand. Die Verordnung wird im Jahr 2013 in Kraft treten.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110215IPR13670/html/Neue-Fahrgastrechte-f%C3%BCr-Busreisende-treten-2013-in-Kraft>
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/155&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EP-PLENUM BESCHLIESST CO₂-GRENZWERTE FÜR LEICHTE NUTZFAHRZEUGE

Das Plenum des EP hat am 14.02.2011 auf Grundlage eines zuvor bereits mit dem Rat gefundenen Kompromisses einer Verordnung zugestimmt, in der schrittweise absinkende CO₂-Grenzwerte für neue leichte Nutzfahrzeuge bis zu



3,5 t Gesamtgewicht festgelegt werden. Im Schnitt dürfen sie danach ab 2017 höchstens 175 Gramm pro Kilometer (g/km) an CO₂ emittieren, ab 2020 nur noch 147 g/km. Der endgültige Wert für das Jahr 2020 soll im Jahr 2013 nochmals überprüft werden. Die Werte gelten für den Flottendurchschnitt. Der Kompromiss führt zu weniger strengen Grenzwerten als von der Kommission ursprünglich vorgeschlagen, jedoch sind sie restriktiver als es der ursprünglichen Haltung der Mehrheit der Mitgliedstaaten entsprach (EB 22/10 und 16/10).

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110215IPR13672/html/CO2-Emissionen-Ja-zu-saubereren-und-sparsameren-Lieferwagen>

KOMMISSION KONSULTIERT ZU INNOVATIONSPOTENTIALEN EINER BIOBASIERTEN WIRTSCHAFT SOWIE ZU EINEM FAHRPLAN FÜR EINE RESSOURCEN-SCHONENDE WIRTSCHAFT

Die Kommission hat am 22.02.2011 zwei zusammenhängende Konsultationen gestartet, die sich mit der Umgestaltung der europäischen Wirtschaft in Richtung Bioökonomie und Ressourcenschonung beschäftigen. Durch die Konsultation zur Bioökonomie erhofft sich die Kommission Aufschluss u. a. über deren Relevanz für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen, ihr Innovationspotenzial und ihre sektorenübergreifenden Verbindungen. Die Ergebnisse sollen es erleichtern, nationale und europäische Politiken für die Bioökonomie aufeinander abzustimmen, insbesondere im Hinblick auf die Förderung von Forschung und Innovation in diesem Bereich. In der anderen Konsultation stellt die Kommission Maßnahmen zum Umbau zu einer ressourcenschonenden Wirtschaft zur Debatte und fragt nach möglichen Politikbereichen, in denen Maßnahmen ergriffen werden sollten. Außerdem bittet sie um Darlegung der eigenen Erfahrungen und Überzeugungen der betroffenen und interessierten Kreise in diesem Bereich.

http://ec.europa.eu/research/consultations/bioeconomy/consultation_en.htm

http://ec.europa.eu/environment/consultations/roadmap_re_en.htm

EP BILLIGT FREIHANDELSABKOMMEN MIT SÜDKOREA UND STIMMT UMSETZUNG VON SCHUTZKLAUSEL ZU

Das EP hat am 17.02.2011 die Ratifizierung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Südkorea sowie eine Verordnung zur Umsetzung der im Abkommen enthaltenen bilateralen Schutzklausel mit großer Mehrheit gebilligt.



Das Abkommen und die Verordnung über die Schutzklausel sollen im Juli 2011 in Kraft treten. Da die EU-Mitgliedstaaten das Abkommen ihrerseits noch ratifizieren müssen, wird das Abkommen allerdings nur vorläufig wirksam; an der Anwendbarkeit der Bestimmungen ändert dies nichts. Neben der Abschaffung bzw. Absenkung von Zollsätzen enthält das Abkommen auch Verpflichtungen im öffentlichen Beschaffungswesen sowie im Hinblick auf den Schutz von Rechten an geistigem Eigentum, Arbeitsnormen und auf Umweltfragen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110216IPR13769/html/Freihandelsabkommen-EU-S%C3%BCdkorea-nimmt-letzte-H%C3%BCrde-im-EP>

KONSULTATION ZUR BESTEUERUNG DES FINANZSEKTORS

Die Kommission hat am 22.03.2011 eine Konsultation zur Besteuerung des Finanzsektors gestartet. Diese knüpft an die von der Kommission am 07.10.2010 zu diesem Thema veröffentlichte Mitteilung an. In dieser Mitteilung ließ die Kommission – auf EU-Ebene – eine Präferenz für eine Finanzaktivitätssteuer erkennen, bei der anders als bei der Finanztransaktionssteuer nicht Transaktionen mit Wertpapieren besteuert werden, sondern Gewinne und Gehälter bei Finanzinstituten. Trotz dieser Tendenz bleibt die Kommission für beide Alternativen aufgeschlossen. Neben der Frage, auf welcher Ebene (EU oder G 20) eine Finanztransaktionssteuer oder Finanzaktivitätssteuer am besten eingeführt werden soll, geht es in der Konsultation u .a. um folgende Fragen: sachliche Rechtfertigung einer zusätzlichen Besteuerung des Finanzsektors, konkrete Ausgestaltung und Auswirkungen einer Finanztransaktionssteuer bzw. Finanzaktivitätssteuer. Daneben geht es bei der Konsultation auch um die kumulativen Effekte einer Besteuerung des Finanzsektors, von Bankabgaben und Regulierungsmaßnahmen. Die Konsultation läuft bis 19.04.2011. Gleichzeitig arbeitet die Kommission an einer Folgenabschätzung zur Besteuerung des Finanzsektors. Konkrete Vorschläge will die Kommission bis Sommer 2011 vorlegen (s. hierzu Beitrag des StMF in diesem EB).

http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/consultations/tax/2011_02_financial_sector_taxation_en.htm

EU-PATENT – EP FÜR VERSTÄRKTE ZUSAMMENARBEIT

Am 15.02.2011 hat das EP auf Ersuchen des Rates vom 14.02.2011 seine Zustimmung erteilt, dass das EU-Patent im Wege der Verstärkten Zusammen-



arbeit beschlossen werden kann. Das EP stimmte für dieses Vorgehen mit breiter Mehrheit (471 zu 160, bei 42 Enthaltungen). Dieser Schritt ist notwendig geworden, da sich im Rat keine Einigkeit zur Sprachenfrage für das künftige EU-Patent erzielen ließ. Inzwischen haben bis auf Italien und Spanien alle Mitgliedstaaten ihre Bereitschaft zur Teilnahme am Verfahren der Verstärkten Zusammenarbeit signalisiert. Nach dem politisch eher unbedeutenden Internationalen Ehescheidungsrecht (sog. Rom-III-Verordnung) wird dieses Verfahren mit dem Patentrecht zum zweiten Mal in der EU angewandt werden (s. hierzu Beitrag des StMJV in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110215IPR13680/html/EU-Patent-Parlament-stimmt-f%C3%BCr-die-Anwendung-der-verst%C3%A4rkten-Zusammenarbeit>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

ERGEBNISSE DES AGRARRATS AM 21.02.2011 IN BRÜSSEL

Auf dem Agrarrat am 21.02.2011 in Brüssel führten die Minister die dritte und letzte politische Debatte zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bis 2020. Thema war das dritte Ziel der Kommissionsmitteilung, die „ausgewogene räumliche Entwicklung“. Die ungarische Ratspräsidentschaft wird die Ergebnisse dieser und der vorhergehenden politischen Debatten nutzen, um Schlussfolgerungen vorzubereiten, welche beim nächsten Agrarrat am 17./18.03.2011 verabschiedet werden sollen. Die Minister wurden von der Kommission über die Tagung mit Interessenvertretern zum Verbot der konventionellen Käfige und zum Stand der Umsetzung durch die Mitgliedstaaten informiert (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB). Auf Antrag Polens wurde die Lockerung des Verfütterungsverbots für verarbeitetes tierisches Eiweiß diskutiert (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB). Dieses war im Zuge der BSE-Krise erlassen worden. Die Minister wurden auch über das 9. UN-Waldforum und die Schlussfolgerungen der 28. Konferenz der EU-Zahlstellen informiert. Auf Antrag Portugals fand eine Aussprache zur Absenkung des Zollsatzes für den Import von Rohzucker auf null statt. Außerdem nahmen die Agrarminister ihren Standpunkt in erster Lesung zur Verordnung betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel an (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

Weitergehende Informationen unter:



http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/19436.pdf

EP-ENTSCHLIESSUNG ZUM ANSTIEG DER LEBENSMITTELPREISE

Bei der Plenarsitzung in Straßburg am 17.02.2011 forderten die Abgeordneten in einer EntschlieÙung, die Kommission müsse dringend stärkere Maßnahmen gegen die Spekulation auf Rohstoffmärkten ergreifen. In einer gemeinsamen überparteilichen EntschlieÙung, die per Handzeichen angenommen wurde, verurteilte das EP die missbräuchlichen Aktivitäten von Spekulanten auf den globalen Rohstoffmärkten, welche die weltweite Nahrungsmittelkrise verschärfen. Die Kommission solle sicherstellen, dass der Handel mit Nahrungsmittelderivaten in möglichst großem Umfang auf Anleger beschränkt wird, die in unmittelbarer Beziehung zu den Agrarmärkten stehen. Die Bedeutung von Marktinstrumenten im Rahmen der GAP wurde unterstrichen. Ohne ein angemessenes Niveau an Interventionsbeständen bzw. strategischen Beständen könne starken Preisschwankungen nicht wirksam begegnet werden, so die Abgeordneten.

EP-EntschlieÙung unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0071+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Word-Dokument aller angenommenen Texte vom 17.02.2011 unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+20110217+TOC+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

FREIHANDELSABKOMMEN MIT SÜDKOREA ALS CHANCE FÜR AGRAREXPORTE

Bei der Plenarsitzung in Straßburg am 17.02.2011 stimmten die Abgeordneten dem Freihandelsabkommen mit der Republik Korea zu (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB). Das Abkommen kann somit ab 01.07.2011 in Kraft treten. Die Kommission erwartet sich gerade für die Landwirtschaft Vorteile. Bisher sind EU-Agrarausfuhren nach Südkorea teilweise sehr hohen Zöllen unterworfen. Nach Ablauf der Übergangsfristen (fünf bis zehn Jahre bei Schweinefleischprodukten, für andere Produkte bis zu 20 Jahre), können Exporteure von Schweinefleisch, Whisky oder Milchprodukten mit Einsparungen von bis zu 380 Mio. € rechnen. Alle EU-Exporte sollen vollständig liberalisiert werden. Die jährlichen EU-Schweinefleischausfuhren nach Südkorea



werden derzeit auf 240 Mio. €, der Exportwert der Milchprodukte auf rund 100 Mio. € beziffert.

EP-Entschließung unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0063+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Word-Dokument aller angenommenen Texte vom 17.02.2011 unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+20110217+TOC+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

AUSSETZUNG DER EINFUHRZÖLLE AUF GETREIDE

Am 17.02.2011 wurde im zuständigen Verwaltungsausschuss beschlossen, die Einfuhrzölle für bestimmte Getreideimporte in die EU ab der darauffolgenden Woche bis Ende Juni 2011 auszusetzen. Insbesondere bei Tierfutter soll so der Druck vom Binnenmarkt genommen werden. Die Aussetzung betrifft Zollkontingente für Weichweizen geringer und mittlerer Qualität und Futtergerste, wobei die Präferenzzölle von 12 €/t bzw. 16 €/t für die Kontingentsmengen auf null gesenkt werden.

Pressemeldung unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/197&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VERLÄNGERUNG DER UNTERSTÜTZUNGSREGELUNGEN FÜR DEUTSCHE UND NIEDERLÄNDISCHE LANDWIRTE GENEHMIGT

Die Kommission genehmigte Anträge aus Deutschland und den Niederlanden, die staatliche Unterstützung für diejenigen Landwirte weiterzuführen, die unter den Folgen der aktuellen Wirtschaftskrise zu leiden haben. Bis Ende März 2011 müsse die Beihilfe von den Landwirten beantragt werden. Die staatliche Unterstützung wurde im Oktober 2009 eingeführt, um die Auswirkungen der Milchkrise im landwirtschaftlichen Sektor abzufedern. Danach dürfen maximal 15.000 € an landwirtschaftliche Primärerzeuger ausgezahlt werden. Voraussetzung ist, dass ihre finanziellen Schwierigkeiten nach dem 01.07.2008 – dem Beginn der Wirtschaftskrise – aufgetreten sind.

TAUSENDSTES QUALITÄTSPRODUKT EINGETRAGEN

Am 15.02.2011 wurde der italienische Schafskäse Piacentinu Ennese (g. U.) als 1000. Produkt im Rahmen der Qualitätsregelungen der Kommission für



Agrarerzeugnisse und Lebensmittel eingetragen. Damit sind 505 geschützte Ursprungsbezeichnungen (g. U.), 465 geschützte geografische Angaben (g. g. A.) und 30 garantiert traditionelle Spezialitäten (g. t. S.) registriert. Die Regelung zur Registrierung hochwertiger Agrarerzeugnisse und Lebensmittel wurde im Jahr 1992 eingeführt. Neben Erzeugnissen aus EU-Mitgliedstaaten können auch Erzeugnisse aus Drittländern registriert werden. Die Zahl der Anträge hat in den letzten Jahren stark zugenommen, was zum einen an den EU-Erweiterungen, zum anderen aber auch an wachsendem Interesse von Erzeugern außerhalb der EU, wie Indien, China, Thailand und Vietnam liegt.

Pressemitteilung unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/154&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weitere Informationen zur EU-Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse unter:

http://ec.europa.eu/agriculture/quality/index_de.htm

ERSTMALS MEHR GEFLÜGELFUTTER ALS SCHWEINEFUTTER PRODUZIERT

Nach Aussagen des Präsidenten der European Compound Feed Manufacturers Federation (FEFAC), *Patrick Vanden Avenne*, sind Marktsteuerungsmechanismen, die den Import billiger Futtergetreide zulassen und Fortschritte zu einer „technischen Lösung“ für nichtzugelassene gentechnisch veränderte Organismen (GVO) bei importiertem Tierfutter nötig, um zu verhindern, dass viele Schweinefleischproduzenten ihr Unternehmen schließen müssen. Erstmals in der EU-Geschichte habe die Produktion von Mischfuttermitteln für Geflügel jene für Schweinefutter an Wert übertroffen.

Weitere Informationen unter:

www.fefac.org

GVO IN FUTTERMITTELN – MITGLIEDSTAATEN STIMMEN KOMMISSIONSENTWURF ZUR NULLTOLERANZREGELUNG ZU

Am 22.02.2011 haben die nationalen Experten des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit (SCOFCAH - Standing Committee on the Food Chain and Animal Health) einem Verordnungsvorschlag der Kommission zugestimmt, der geringfügige Spuren von in der EU noch nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in importierten Futtermitteln zulässt. Als sogenannte „technische Lösung“ wird die Grenze von



0,1 % durch die Festlegung offizieller Probenahme- und Analysemethoden definiert. Sie gilt ausdrücklich nicht für Produkte für die menschliche Ernährung. Der Europäische Mischfutter-Dachverband FEFAC begrüßte den Verordnungsvorschlag, Umweltverbände wie Greenpeace und Friends of the Earth hingegen kritisierten die Entscheidung und erklärten, dass mit der Entscheidung die Tür zur GVO-Kontamination von Nahrungsmitteln geöffnet werde. Das EP und der Ministerrat haben nun innerhalb einer dreimonatigen Frist Gelegenheit, sich zu dem Verordnungsentwurf zu äußern (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

MITGLIEDSTAATEN WÜRDIGEN DAS KRISENMANAGEMENT DEUTSCHLANDS NACH DEN DIOXINFUNDEN IN FUTTERMITTELN

Am 22.02.2011 haben die nationalen Experten des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit (SCoFCAH) die Leistungen Deutschlands bei der Aufarbeitung der Dioxinfunde in Futtermitteln aus Deutschland in einer gemeinsamen Erklärung gewürdigt (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEX/11/0223&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

ABSTIMMUNG DES PLENUMS DES EP ÜBER DIE NACHHALTIGKEIT EUROPÄISCHER PENSIONS- UND RENTENSYSTEME

Am 16.02.2011 nahm das EP-Plenum eine Resolution zum Grünbuch Renten der Kommission an (EB 13/10). Darin werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, stabile, zuverlässige und nachhaltige Rentensysteme sowie ein angemessenes Rentenniveau zur Bekämpfung von Altersarmut beizubehalten. Darüber hinaus wird an EU und Mitgliedstaaten appelliert, Hindernisse für die innerstaatliche und grenzüberschreitende Mobilität zu beseitigen und Schwierigkeiten der Rentenübertragung innerhalb und zwischen Mitgliedstaaten anzugehen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110215IPR13738/html/Rentenreformen-sollten-Nachhaltigkeit-und-angemessenes-Einkommen-ber%C3%BCcksichtigen>



KOMMISSION: VERÖFFENTLICHUNG DER MITTEILUNG „FRÜHKINDLICHE BETREUUNG, BILDUNG UND ERZIEHUNG: DER BESTMÖGLICHE START FÜR ALLE UNSERE KINDER IN DIE WELT VON MORGEN“

Am 17.02.2011 veröffentlichte die Kommission die Mitteilung „Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung: der bestmögliche Start für alle unsere Kinder in die Welt von morgen“. Sie stößt damit einen Prozess der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten an. Neben der Ausweitung des Zugangs zu Betreuung, Bildung und Erziehung für alle Kinder geht es der Kommission vor allem um eine bessere Qualität des Angebots. Sie strebt an, im Wege der Offenen Methode der Koordinierung gemeinsame Ziele für den Bereich berufliche Bildung zu formulieren. So sollen die Mitgliedstaaten voneinander lernen, um z. B. die bestmöglichen Curricula, Mitarbeiterkompetenzen und Koordinationsstrukturen aufzubauen. Die Kommission kündigt an, die Mitgliedstaaten bei der Identifizierung, Analyse und Verbreitung wirksamer Strategien im Bereich der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung zu unterstützen. Sie wird dafür schon bestehende Instrumente wie das Programm für Lebenslanges Lernen und den Europäischen Sozialfonds (ESF) nutzen.

http://ec.europa.eu/education/school-education/doc/childhoodcom_de.pdf

KOMMISSION: PRÄSENTATION EINER EU-AGENDA FÜR DIE RECHTE DES KINDES

Die Kommission hat am 15.02.2011 eine „EU-Agenda für die Rechte des Kindes“ vorgelegt. Die Agenda ist auch in einer für Kinder verständlichen Fassung verfügbar. Sie will damit ihrer Aufgabe im Vertrag über die Europäische Union bzw. in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union gerecht werden, die Rechte des Kindes zu fördern. Darüber hinaus möchte sie zur Umsetzung der VN-Kinderrechtskonvention beitragen, die alle Mitgliedstaaten ratifiziert haben. Ziel ist letztendlich, die Rechte des Kindes in sämtlichen relevanten Politikbereichen der EU zu stärken, zu schützen und dabei konkrete Ergebnisse zu erzielen (s. hierzu Beitrag des StMJV in diesem EB).

http://ec.europa.eu/justice/policies/children/docs/child_version_de.pdf

http://ec.europa.eu/justice/policies/children/docs/com_2011_60_de.pdf



EUGH: URTEIL IN EINEM SPANISCHEN FALL: KEIN BETRIEBS- ÜBERGANG BEI ÜBERNAHME VON REINIGUNGSARBEITEN (C-463/09)

Der EuGH hat in der Rechtssache CLECE (C-463/09) auf das Vorabersuchen eines spanischen Gerichts hin entschieden, dass die Betriebsübergangs-Richtlinie auf den anhängigen Fall nicht anwendbar ist: Eine Gemeinde hatte ein privates Unternehmen mit der Reinigung ihrer Räumlichkeiten betraut. Später beschloss sie, den zwischen ihr und diesem Unternehmen bestehenden Vertrag aufzulösen und die Reinigungstätigkeiten wieder selbst durchzuführen sowie dafür neues Personal einzustellen. Eine der entlassenen Arbeitnehmerinnen erhob daraufhin Kündigungsschutzklage. Der spanische oberste Gerichtshof legte dem EuGH die Frage vor, ob der vorliegende Fall vom Anwendungsbereich der Betriebsübergangs-Richtlinie erfasst werde.

http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/

BESCHLUSS DER KOMMISSION: SCHRITTWEISES VERBOT VON SECHS GEFÄHRLICHEN STOFFEN

Die Kommission hat am 17.01.2011 beschlossen, dass innerhalb der kommenden drei bis fünf Jahre sechs als besonders gefährlich eingestufte Chemikalien verboten werden. Es handelt sich um Stoffe wie den Weichmacher DEHP, der unter anderem in Spielzeug und Kosmetika verwendet wird. Der Beschluss ist das Ergebnis der ersten Registrierungsphase von Chemikalien im Rahmen von REACH, der europäischen Initiative für eine größere Chemikaliensicherheit. Die sechs Stoffe wurden in Anhang XIV der REACH-Verordnung aufgenommen. Die Auflistung in Anhang XIV führt dazu, dass die Stoffe nur noch in Verkehr gebracht oder verwendet werden dürfen, wenn eine Zulassung für eine bestimmte Verwendung erteilt wurde.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/196&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

ERGEBNISSE DES BILDUNGSMINISTERRATES AM 14.02.2011

Die europäischen Bildungsminister führten im Rahmen ihrer Tagung am 14.02.2011 eine Orientierungsaussprache zum Jahreswachstumsbericht, der von der Kommission Mitte Januar veröffentlicht worden war. Auf der Grundlage eines Diskussionspapiers des ungarischen Vorsitzes erörterten die Minister



dabei insbesondere die Frage, welche Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele der Europa 2020-Strategie im Bildungsbereich ergriffen bzw. dem Europäischen Rat auf seiner Frühjahrstagung zur Kenntnis gebracht werden sollten. Anschließend wurden die Ratsschlussfolgerungen zur Rolle der allgemeinen und beruflichen Bildung bei der Durchführung der Strategie „Europa 2020“ ohne Aussprache angenommen. EU-Bildungskommissarin *Androulla Vassiliou* stellte abschließend die im November 2010 veröffentlichte Mitteilung „Eine Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten“ vor. Deutschland wurde auf der Ratstagung seitens des Bundes durch den Parlamentarischen Staatssekretär *Dr. Helge Braun* vertreten; für die Länder nahm Minister *Dr. Bernd Althusmann*, Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK), in Vertretung des Bundesratsbeauftragten *Prof. Dr. Jürgen E. Zöllner* teil.

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT MITTEILUNG ZUR FRÜHKINDLICHEN BETREUUNG, BILDUNG UND ERZIEHUNG

Die Kommission hat am 17.02.2011 eine Mitteilung zur frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung veröffentlicht, deren Ziel es ist, den Zugang zu vorschulischer Betreuung, Bildung und Erziehung zu fördern und die Qualität des Angebots zu verbessern (s. hierzu Beitrag des StMAS in diesem EB). Die Mitteilung findet sich im Internet unter folgender Adresse: http://ec.europa.eu/education/school-education/doc/childhoodcom_de.pdf

RAT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN NIMMT SCHLUSSFOLGERUNGEN ZU INTOLERANZ, DISKRIMINIERUNG UND GEWALT AUS GRÜNDEN DER RELIGION AN

Der Rat für Auswärtige Angelegenheiten hat auf seiner Tagung am 21.02.2011 „Schlussfolgerungen zu Intoleranz, Diskriminierung und Gewalt aus Gründen der Religion oder des Glaubens“ angenommen. Die Schlussfolgerungen sind – nur auf Englisch – unter folgender Adresse verfügbar:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/119404.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

FRAUENFÖRDERUNG IM ERC

Der Wissenschaftliche Rat des Europäischen Forschungsrats (ERC) hat eine



Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter beim ERC aufgestellt. Unter den durch den ERC geförderten Wissenschaftlern sind Frauen bisher nur zu knapp 20 % vertreten. Im Bereich der Nachwuchsforscherinnen und -forscher (Starting Grants) liegt der Prozentsatz der Geförderten bei 26 % (30 % weibliche Bewerber), während der Anteil bei den etablierten Forschern (Advanced Grants) sogar nur 12 % beträgt (bei 14 % weiblichen Bewerbern).

Gleichstellungsplan des ERC (nur in Englisch verfügbar):

http://erc.europa.eu/pdf/ERC_ScC_Gender_Equality_Plan_2007-2013.pdf

ERGEBNISSE DES BILDUNGSMINISTERRATS AM 14.02.2011

Die europäischen Bildungsminister führten im Rahmen ihrer Tagung am 14.02.2011 eine Orientierungsaussprache zum Jahreswachstumsbericht, der von der Kommission Mitte Januar 2011 veröffentlicht worden war. Auf der Grundlage eines Diskussionspapiers des ungarischen Vorsitzes erörterten die Minister dabei insbesondere die Frage, welche Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele der Europa 2020-Strategie im Bildungsbereich ergriffen bzw. dem Europäischen Rat auf seiner Frühjahrstagung zur Kenntnis gebracht werden sollten. EU-Bildungskommissarin *Androulla Vassiliou* stellte zudem die im November 2010 veröffentlichte Mitteilung „Eine Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten“ vor (s. hierzu Beitrag des StMUK in diesem EB).

GVO IN FUTTERMITTELN – MITGLIEDSTAATEN STIMMEN KOMMISSIONSENTWURF ZUR NULLTOLERANZREGELUNG ZU

Am 22.02.2011 haben die nationalen Experten des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit (SCOFCAH - Standing Committee on the Food Chain and Animal Health) einem Verordnungsvorschlag der Kommission zugestimmt, der geringfügige Spuren von in der EU noch nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in importierten Futtermitteln zulässt. Als sogenannte „technische Lösung“ wird die Grenze von 0,1 % durch die Festlegung offizieller Probenahme- und Analysemethoden definiert. Sie gilt ausdrücklich nicht für Produkte für die menschliche Ernährung. Der Europäische Mischfutter-Dachverband FEFAC begrüßte den Verordnungsvorschlag, Umweltverbände wie Greenpeace und Friends of the Earth hingegen kritisierten die Entscheidung und erklärten, dass mit der Entscheidung die Tür zur GVO-Kontamination von Nahrungsmitteln geöffnet wer-



de. Das EP und der Ministerrat haben nun innerhalb einer dreimonatigen Frist Gelegenheit, sich zu dem Verordnungsentwurf zu äußern (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

EU-PATENT – EP FÜR VERSTÄRKTE ZUSAMMENARBEIT

Am 15.02.2011 hat das EP auf Ersuchen des Rats vom 14.02.2011 beschlossen, das EU-Patent im Wege der Verstärkten Zusammenarbeit zu erlassen. Das EP stimmte für dieses Vorgehen mit breiter Mehrheit (471 zu 160, bei 42 Enthaltungen). Dieser Schritt ist notwendig geworden, da sich im Rat keine Einigkeit zur Sprachenfrage für das künftige EU-Patent erzielen ließ. Inzwischen haben bis auf Italien und Spanien alle Mitgliedstaaten ihre Bereitschaft für die Teilnahme am Verfahren der Verstärkten Zusammenarbeit signalisiert. Das EU-Patent soll neben die fortbestehenden nationalen und europäischen Patente treten und für Patentanmelder fakultativ sein. Eines der wichtigsten mit dem EU-Patent verfolgten Ziele ist es, dass Patentansprüche nicht mehr kostenintensiv in die Landessprache des Mitgliedstaats übersetzt werden müssen, damit sie dort (materiell) gelten können. Künftig sollen Deutsch, Englisch und Französisch bei der Patentanmeldung reichen. Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit wird voraussichtlich am 09./10.03.2011 den förmlichen Beschluss zur Ermächtigung zur Verstärkten Zusammenarbeit erlassen (s. hierzu Beitrag des StMJV in diesem EB).

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

ERGEBNISSE DES AGRARRATES AM 21.02.2011 IN BRÜSSEL

Auf ihrer Sitzung am 21.02.2011 in Brüssel nahmen die Agrarminister u. a. ihren Standpunkt in erster Lesung zur Verordnung betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel an. Außerdem diskutierten sie über die Umsetzung des Verbots von konventionellen Käfigen für Legehennen sowie über eine mögliche Lockerung des Verfütterungsverbots von verarbeitetem tierischen Eiweiß (s. hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/19436.pdf



EP-PLENUM VOM 14. - 17.02.2011 IN STRASSBURG – ERGEBNISSE AUS DEN BEREICHEN UMWELT UND GESUNDHEIT

Das EP hat auf seiner Tagung vom 14. - 17.02.2011 u. a. einen Verordnungsvorschlag zur CO₂-Minderung von leichten Nutzfahrzeugen, eine Richtlinie zur Bekämpfung von Arzneimittelfälschungen sowie Entschlüsseungen zur Donaustrategie und zu Radioaktivitätswerten in Nahrungs- und Futtermitteln verabschiedet.

CO₂-GRENZWERTE FÜR LEICHTE NUTZFAHRZEUGE

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110215IPR13672/html/CO2-Emissionen-Ja-zu-saubereren-und-sparsameren-Lieferwagen>

UMSETZUNG DER DONAUSTRATEGIE

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110216IPR13778/html/Donaustrategie-EU-Abgeordnete-dr%C3%A4ngen-Anrainer-auf-schnelle-Umsetzung>

BEKÄMPFUNG VON ARZNEIMITTELFÄLSCHUNGEN

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2011-0056&language=DE&ring=A7-2010-0148>

HÖCHSTWERTE AN RADIOAKTIVITÄT IN NAHRUNGS- UND FUTTERMITTEL

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2011-0055&language=DE&ring=A7-2011-0001#BKMD-17>

GVO IN FUTTERMITTELN – MITGLIEDSTAATEN STIMMEN KOMMISSIONSENTWURF ZUR NULLTOLERANZREGELUNG ZU

Am 22.02.2011 haben die nationalen Experten des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit (SCOFCAH - Standing Committee on the Food Chain and Animal Health) einem Verordnungsvorschlag der Kommission zugestimmt, der geringfügige Spuren von in der EU noch nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in importierten Futtermitteln zulässt. Als sogenannte „technische Lösung“ wird die Grenze von 0,1 % durch die Festlegung offizieller Probenahme- und Analysemethoden definiert. Sie gilt ausdrücklich nicht für Produkte für die menschliche Ernährung. Der Europäische Mischfutter-Dachverband FEFAC begrüßte den Verordnungsvorschlag, Umweltverbände wie Greenpeace und Friends of the Earth hingegen kritisierten die Entscheidung und erklärten, dass mit der Entscheidung die Tür zur GVO-Kontamination von Nahrungsmitteln geöffnet



werde. Das EP und der Ministerrat haben nun innerhalb einer dreimonatigen Frist Gelegenheit, sich zu dem Verordnungsentwurf zu äußern.

MITGLIEDSTAATEN WÜRDIGEN DAS KRISENMANAGEMENT DEUTSCHLANDS NACH DEN DIOXINFUNDEN IN FUTTERMITTELN

Am 22.02.2011 haben die nationalen Experten des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit (SCOFOCAH) die Leistungen Deutschlands bei der Aufarbeitung der Dioxinfunde in Futtermitteln aus Deutschland in einer gemeinsamen Erklärung gewürdigt.
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEX/11/0223&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

KOMMISSION INITIIERT KONSULTATION ZU KLINISCHEN PRÜFUNGEN

Die Kommission hat am 09.02.2011 eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über klinische Prüfungen 2001/20/EG eingeleitet. Ein entsprechender Gesetzgebungsvorschlag ist für Anfang 2012 geplant. Zu dem veröffentlichten Strategiepapier können Interessenvertreter per Post oder per Email bis zum 13.05.2011 an sanco-pharmaceuticals@ec.europa.eu Stellung nehmen.

http://ec.europa.eu/health/files/clinicaltrials/concept_paper_02-2011.pdf

BESCHLUSS DER KOMMISSION: SCHRITTWEISES VERBOT VON SECHS GEFÄHRLICHEN STOFFEN

Die Kommission hat am 17.01.2011 beschlossen, dass innerhalb der kommenden drei bis fünf Jahre sechs als besonders gefährlich eingestufte Chemikalien verboten werden. Es handelt sich um Stoffe wie den Weichmacher DEHP, der unter anderem in Spielzeug und Kosmetika verwendet wird. Der Beschluss ist das Ergebnis der ersten Registrierungsphase von Chemikalien im Rahmen von REACH, der europäischen Initiative für eine größere Chemikaliensicherheit. Die sechs Stoffe wurden in Anhang XIV der REACH-Verordnung aufgenommen. Die Auflistung in Anhang XIV führt dazu, dass die Stoffe nur noch in Verkehr gebracht oder verwendet werden dürfen, wenn eine Zulassung für eine bestimmte Verwendung erteilt wurde (s. hierzu Beitrag des StMAS in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/196&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



KONSULTATIONEN ZU EINER BIOBASIERTEN WIRTSCHAFT SOWIE ZU EINEM FAHRPLAN FÜR EINE RESSOURCENSCHONENDE WIRTSCHAFT

Die Kommission hat am 22.02.2011 zwei zusammenhängende Konsultationen gestartet, die sich mit der Umgestaltung der europäischen Wirtschaft in Richtung Bioökonomie und Ressourcenschonung beschäftigen. Durch die Konsultation zur Bioökonomie erhofft sich die Kommission Aufschluss über verschiedene Aspekte, etwa deren Relevanz für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen, ihr Innovationspotenzial und ihre sektorenübergreifenden Verbindungen. Die Konsultation zur Bioökonomie findet im Vorfeld eines für Herbst 2011 geplanten Aktionsplans für eine nachhaltige Bioökonomie bis zum Jahr 2020 statt und läuft bis zum 02.05.2011. Die zweite Konsultation dient der Vorbereitung des für das zweite Quartal 2011 angekündigten Fahrplans für ein Ressourcen schonendes Europa und endet am 22.04.2011 (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Konsultation zur Bioökonomie:

http://ec.europa.eu/research/consultations/bioeconomy/consultation_en.htm

Konsultation zum Fahrplan für ein Ressourcen schonendes Europa:

http://ec.europa.eu/environment/consultations/roadmap_re_en.htm

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

UNGARISCHES MEDIENGESETZ: EP VERTAGT GEPLANTE ENTSCHEIDUNG NACH EINIGUNG DER KOMMISSION MIT UNGARN ZU MEDIENGESETZÄNDERUNGEN

Ungarn hat zugesagt, sein umstrittenes Mediengesetz in den von der Kommission kritisierten Punkten abzuändern (EB 03/11). Kommissarin *Neelie Kroes* begrüßte die dem EP in der Plenarsitzung am 16.02.2011 in Straßburg von ihr vorgestellten ungarischen Änderungsvorschläge, die innerhalb der nächsten zwei Wochen umgesetzt werden sollen. Dabei kündigte die Kommission an, den Prozess der Verabschiedung und praktischen Umsetzung zu überwachen. Infolgedessen hat das EP geplante kritische Entschlüsse zum Mediengesetz bis auf weiteres vertagt.

<http://www.europarl.europa.eu/wps-europarl-internet/frd/vod/player?date=20110216&language=de>

<http://www.sabine-verheyen.de/go/presse-presse-meldungen-details/60-einigung-beim-mediengesetz.html>



<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110217IPR13810/html/Ungarisches-Mediengesetz-Parlament-verschiebt-Abstimmung-%C3%BCber-Entschlie%C3%9Fung>

MEDIA-FÖRDERPROGRAMM DER KOMMISSION IN SEINER HEUTIGEN KONZEPTION AUF DEM PRÜFSTAND

Die Direktoren der europäischen Filmförderungen (European Film Agency Directors, EFAD) haben in der vergangenen Woche auf der Berlinale ihre Besorgnis darüber ausgedrückt, dass das MEDIA-Programm der EU (EB 03/11) möglicherweise mit anderen Förderprogrammen zusammengelegt werden soll und es dadurch zu Budgetverschiebungen bis hin zu Kürzungen kommen könnte. Staatsminister *Siegfried Schneider* hatte hierzu am 16.02.2011 in Brüssel ein Gespräch mit dem zuständigen Direktor in der GD Bildung und Kultur bei der Kommission. Dabei ging es auch um Vorschläge für eine Neuorientierung des Mediaprogramms.

<http://www.mediatainment.biz/miv/News/EFAD-fordert-Aufrechterhaltung-des-MEDIA-Programms/28007/1.html>

http://ec.europa.eu/culture/media/index_en.htm

EUG SPRICHT SICH GEGEN EXKLUSIVRECHTE AN GROSSEN SPORTEREIGNISSEN AUS

Das Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften (EuG) hat am 17.02.2011 entschieden, dass die EU-Mitgliedstaaten alle Spiele einer Fußball-Welt- und Europameisterschaft als Ereignisse von „erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung“ einordnen dürfen. Damit besteht ein Recht auf Übertragung im kostenlos empfangbaren Fernsehen. Gegen das Urteil kann vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) innerhalb von zwei Monaten Rechtsmittel eingelegt werden.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=T-385/07>
<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-02/cp110009de.pdf>

UMFRAGE BESTÄTIGT: NEUE ANSÄTZE ZUR SENKUNG DER ROAMINGPREISE ERFORDERLICH

Die Ergebnisse einer am 11.02.2011 abgeschlossenen Konsultation der



Kommission zur Zukunft der Roamingverordnung (EB 22/10) sowie einer am selben Tag veröffentlichten Eurobarometerumfrage zeigen, dass sich für Roamingdienstleistungen auf dem europäischen Markt nach wie vor kein wirklicher Wettbewerb entwickelt hat.

http://ec.europa.eu/information_society/activities/roaming/docs/survey2011_de.pdf

http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/item-detail-dae.cfm?item_id=6704&language=default

KOMMISSION FORDERT DEUTSCHLAND UND WEITERE 20 MITGLIEDSTAATEN ZUR FREIMACHUNG VON SATELLITENMOBILFUNKDIENSTEN AUF

Kommissions-Vizepräsidentin *Neelie Kroes* hat am 17.02.2011 21 EU-Länder, darunter auch Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich, nachdrücklich dazu aufgefordert, unverzüglich die für den EU-weiten Ausbau von Satellitenmobilfunknetzen erforderlichen Umsetzungsmaßnahmen zu treffen und rechtliche Unsicherheiten, wie z. B. im Bereich der Lizenzgebühren, zu beseitigen.

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecom/doc/library/ext_studies/mss_auth_regimes_study_jan2011.pdf

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:149:0065:0068:EN:PDF>

DEBATTE UM MEHRWERTSTEUERANGLEICHUNGEN FÜR ONLINE-MEDIEN IN BRÜSSEL

Auf einer Konferenz der Friends of Europe diskutierten Zeitungsverleger und andere Branchenvertreter am 09.02.2011 in Brüssel über mögliche Mehrwertsteuerangleichungen für Online-Medien. Die Harmonisierung der Besteuerung für Online- und Printmedien in Europa ist derzeit auch Thema der von der Kommission im Dezember 2010 eröffneten und noch bis Ende Mai 2011 laufenden Konsultation zum „Grünbuch zur Zukunft der Mehrwertsteuer“ (EB 01/11).

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0695:FIN:DE:PDF>
http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/consultations/tax/2010_11_futur



[e_vat_de.htm](#)

http://www.buchreport.de/nachrichten/online/online_nachricht/datum/2010/09/23/mehrwertsteuer-auf-dem-pruefstand.htm

EUROPÄISCHER EGOVERNMENT-BENCHMARK-BERICHT VERÖFFENTLICHT

Am 21.02.2011 veröffentlichte die Kommission den diesjährigen Bericht zum eGovernment. Darin wurden die Onlineangebote von öffentlichen Dienstleistungen v. a. im Bereich der Arbeitsplatzsuche und Unternehmensgründung in den EU-Mitgliedstaaten untersucht. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass die durchschnittliche Verfügbarkeit dieser Dienstleistungen von 69 % im Jahr 2009 auf 82 % im Jahr 2010 anstieg.

http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/item-detail-dae.cfm?item_id=6537

http://ec.europa.eu/information_society/activities/egovernment/action_plan_2011_2015/index_en.htm

KOMMISSION ERÖFFNET KONSULTATION ZU ELEKTRONISCHER SIGNATUR UND IDENTIFIZIERUNG

Die Kommission hat bis zum 15.04.2011 Beiträge zur Frage erbeten, wie die elektronische Signatur und Identifizierung (eID) sowie Authentifizierung die Entwicklung des europäischen digitalen Binnenmarkts fördern können.

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=eid4&lang=en>

KOMMISSION FORDERT MEHR INFORMATION ZUR NOTRUFNUMMER 112

Am Europäischen Tag des Notrufs am 11.02.2011 hat die Kommission eine Studie veröffentlicht, wonach nur jeder vierte EU-Bürger weiß, dass er in der EU unter der 112 Polizei, Feuerwehr oder einen medizinischen Dienst erreichen kann (s. EB 11/08). In Deutschland wissen dies sogar nur 19 % der Bürger.

http://ec.europa.eu/information_society/activities/112/docs/survey_summary2011.pdf

www.ec.europa.eu/112